



Der ANC im Umbruch

Zumas schwieriges Erbe und Ramaphosas Neuanfang

MARKUS AWATER
Mai 2018

- Die Jahre unter der Präsidentschaft Jacob Zumas haben dem African National Congress (ANC) aufgrund der vielen Korruptionsskandale schwer geschadet. In der Bevölkerung hat der ANC stark an Rückhalt verloren. Mit dem erzwungenen Rücktritt Zumas haben sich die Chancen jedoch deutlich erhöht, bei den nächsten Wahlen 2019 erneut die absolute Mehrheit zu erringen.
- Die neu gewählte Parteispitze um Cyril Ramaphosa steht nun vor einem Balanceakt: Auf der einen Seite müssen Korruption und Vetternwirtschaft innerhalb des ANC zurückgedrängt und das Patronagesystem Zumas aufgebrochen werden, auf der anderen Seite muss die Partei nach der Spaltung der vergangenen Jahre wieder geeint und auch die Anhängerschaft Zumas integriert werden.
- Eine Entfernung korrupter Kader von den Schaltstellen der Partei kann nur ein erster Schritt sein. Um die Macht auch mittelfristig zu sichern, muss der ANC sein wirtschafts- und sozialpolitisches Profil erneuern und der südafrikanischen Gesellschaft überzeugende Konzepte zur Bekämpfung von Armut, Ungleichheit und Arbeitslosigkeit anbieten.

Am Ende vollzog sich der Wechsel zwischen dem amtierenden Präsidenten Südafrikas, Jacob Zuma, zu seinem Nachfolger, Cyril Ramaphosa, am 14. Februar 2018 geräuschloser als erwartet. Noch wenige Stunden vor seinem Rücktritt hatte Zuma den Aufruf seiner Partei, des *African National Congress* (ANC), von seinem Amt zurückzutreten, rundheraus abgelehnt. Erst nach der Drohung der Parteispitze, dass man sich einem Misstrauensantrag der oppositionellen *Economic Freedom Fighters* (EFF) unter Julius Malema gegen den Präsidenten anschließen werde, lenkte Zuma ein. Das Spiel war für Zuma verloren, das Präsidentsamt musste er in jedem Fall räumen – entweder gesichtswahrend aus eigenen Stücken oder schmachvoll durch ein von seinem Intimfeind Malema initiiertes Misstrauensvotum. Bereits am folgenden Tag wurde der bisherige Vizepräsident Ramaphosa im Parlament zum neuen Staatsoberhaupt gewählt und setzte somit einen vorläufigen Schlusspunkt hinter die Zuma-Jahre.

Bereits vor seinem Amtsantritt 2009 gingen die Meinungen zu Zuma weit auseinander. Für seine Anhänger_innen war er ein Hoffnungsträger, der mit der neoliberalen Politik seines Vorgängers Thabo Mbeki aufräumen und den ANC klar nach links rücken würde. Seine Gegner_innen warfen ihm hingegen bereits damals Bestechlichkeit und Korruption vor: So verwiesen sie auf die 783 anhängigen Korruptionsvorwürfe sowie auf zahlreiche weitere Affären um seine Person.

Im Laufe seiner beiden Amtsperioden verstand es Zuma meisterhaft, seine Macht durch ein Patronagenetz aus Abhängigkeiten und materiellen Vorteilen zu sichern. Loyale Mitstreiter_innen belohnte er mit hohen Posten in Staat und staatseigenen Konzernen und sah bei deren Selbstbereicherung weg. Kritiker_innen in der eigenen Partei wurden hingegen mundtot gemacht. In seiner zweiten Amtszeit wurde das Ausmaß der Korruption innerhalb des ANC jedoch zunehmend offensichtlich. So wurde ihm die Veruntreuung von 14 Millionen Euro an Steuergeldern bei der Renovierung seines privaten Wohnsitzes Nkandla nachgewiesen. Zudem urteilten südafrikanische Gerichte wiederholt, dass Zuma in seiner Funktion als Staatspräsident die Verfassung gebrochen habe. Und schließlich gerieten seit 2013 die engen Verbindungen des Präsidenten und seines Umfeldes zu der indischen Unternehmerfamilie Gupta in den Fokus der Öffentlichkeit. Die drei Brüder Ajay, Atul und Rajesh

Gupta konnten sich unter dubiosen Umständen lukrative Staatsaufträge und Schürfrechte sichern. Im Gegenzug flossen hohe Summen der Guptas in das Patronagenetzwerk Zumas. Im Sommer 2017 gelangten tausende vertrauliche E-Mails an die Öffentlichkeit (*Gupta leaks*), die belegten, dass die Guptas auch in die Benennung und Absetzung hochrangiger Minister_innen eingebunden worden waren und eigene Kandidat_innen vorgeschlagen hatten. Schnell machte das Schlagwort *state capture* die Runde.

Inmitten all dieser Skandale bewies Zuma jedoch einen ausgeprägten Überlebensinstinkt. Er überstand insgesamt acht Misstrauensvoten im Parlament und der ANC hielt ihm trotz der offensichtlichen Missstände die Treue. Neben der Verwicklung hochrangiger Politiker_innen in illegale Machenschaften kam ihm hierbei die politische Kultur innerhalb des ANC zugute, die stark auf Parteidisziplin ausgelegt ist. Nichtsdestotrotz verweigerten Zuma beim jüngsten Misstrauensvotum im August 2017 dreißig ANC-Abgeordnete das Vertrauen – der Rückhalt für Zuma im ANC begann zu schmelzen.

Die Unzufriedenheit offenbarte sich beim ANC-Parteitag in Johannesburg im Dezember 2017, bei der ein neuer ANC-Präsident gewählt werden sollte. Dieser übernimmt, im Falle eines Wahlerfolgs des ANC, traditionell auch über kurz oder lang die Präsidentschaft des Landes. Da Zuma nach zwei Amtszeiten nicht mehr antreten durfte, versuchten Zuma und seine Anhänger_innen Zumas Ex-Frau Nkosazana Dlamini-Zuma, die bis vor Kurzem den Vorsitz der Afrikanischen Union innehatte, als Nachfolgerin zu installieren. Hiervon erhoffte sich Zuma Schutz vor Strafverfolgung nach Ablauf seiner Amtszeit als Staatspräsident. Als erfolgversprechendster Gegenkandidat brachte sich der ANC-Vizepräsident Cyril Ramaphosa in Stellung. Der ehemalige Gewerkschaftsführer hatte es, nach seinem zeitweiligen Ausscheiden aus der Politik, in den frühen 2000er-Jahren als Geschäftsmann zu einem Milliardenvermögen gebracht. Nach seiner Rückkehr in die Politik übernahm er 2014 das Amt des südafrikanischen Vizepräsidenten. In seiner Kandidatur um den Parteivorsitz versprach er, den Kampf gegen Korruption und Misswirtschaft energisch voranzutreiben. Dlamini-Zuma propagierte hingegen ein äußerst linkes Programm, das unter dem Schlagwort *radical economic transformation* zu einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums führen sollte. Im Zentrum des

Machtkampfes stand jedoch letztlich die Frage, ob sich das Patronagesystem Zumas auch nach dessen Ausscheiden an der Macht halten oder der ANC aus eigener Kraft mit den Missständen der vergangenen Jahre aufräumen kann. Bei erster Option wäre ein erstmaliges Verfehlen der absoluten Mehrheit bei den kommenden nationalen Wahlen äußerst wahrscheinlich gewesen, während die zweite Option die Mehrheit zumindest 2019 noch sichern könnte.

Nach einer hart umkämpften Wahlkampagne konnte sich Ramaphosa schließlich knapp mit 52 Prozent gegen seine Konkurrentin durchsetzen. Mit diesem Ergebnis war auch klar, dass sich Zuma nicht mehr lange in seinem Amt würde halten können. Zu sehr hatte er dem Ansehen des ANC in den vergangenen Jahren geschadet und zu stark würde ein Verbleib des Präsidenten bis zum offiziellen Ende seiner Amtszeit die Chancen auf einen Wahlerfolg des ANC in 2019 gefährden.

Schwindender Rückhalt für den ANC

Die Jahre unter Zuma haben zu einem immensen Vertrauensverlust der Bevölkerung in die ehemalige Befreiungsbewegung ANC geführt. Die Reputation als Hort für Misswirtschaft und Korruption ist hierbei nur eine Seite der Medaille. Mindestens ebenso stark wiegt die Tatsache, dass das zentrale Versprechen des ANC, der politischen auch die wirtschaftliche Befreiung folgen zu lassen, bisher nicht eingelöst wurde. In der Trias aus Ungleichheit, Armut und Arbeitslosigkeit setzen sich bis heute Strukturen der Apartheid fort. Noch immer gehört Südafrika zu den Ländern mit der höchsten Ungleichheit bei der Verteilung der Einkommen und Vermögen. Nach wie vor liegt ein Großteil des gesellschaftlichen Reichtums in den Händen der weißen Bevölkerungsgruppe. Obwohl sich in den zurückliegenden 24 Jahren eine schwarze Mittelschicht herausgebildet hat – je nach Erhebung bis zu sechs Millionen Südafrikaner_innen –, profitierte der überwiegende und insbesondere der schwarze Anteil der Bevölkerung wirtschaftlich nicht vom Ende der Apartheid: Etwa ein Drittel der Südafrikaner_innen lebt in relativer und ein weiteres Fünftel in absoluter Armut.

Eines der größten Hindernisse bei der Überwindung der Ungleichheit stellt die hohe Arbeitslosigkeit dar. War diese bereits zu Zeiten der Apartheid sehr hoch, stieg sie seit 1994 sogar noch weiter an – allein in den Zuma-

Jahren von 24 auf 27 Prozent. Auch hier spiegelt sich das Erbe der Rassentrennung wider: So sind unter Weißen nur sieben Prozent von Arbeitslosigkeit betroffen, während es unter den Schwarzen knapp ein Drittel sind.

Angesichts dieser Zahlen ist es wenig verwunderlich, dass sich viele Stammwähler_innen vom ANC abwenden. Konnte die Partei sich seit den ersten freien Wahlen 1994 noch darauf verlassen, stabil über 60 Prozent der Stimmen zu erhalten, scheint sich das Bild nun zu wenden. Bei den landesweiten Kommunalwahlen im August 2016 rutschte der ANC um acht Prozent ab und kam nur noch auf 54 Prozent. Besonders schmerzhaft war der Verlust der Großstädte Pretoria, Nelson Mandela Bay und Johannesburg an die Opposition. Im Gegenzug konnten die wichtigsten Oppositionsparteien – die liberale *Democratic Alliance* (DA) und die linkspopulistischen EFF – erhebliche Stimmzuwächse verzeichnen. Die DA gewann knapp drei Prozentpunkte hinzu und erlangte 27 Prozent. Die EFF traten zum ersten Mal nach ihrer Gründung 2013 zu Kommunalwahlen an und verzeichneten aus dem Stand einen Stimmenanteil von über acht Prozent.

Insbesondere unter jungen Wähler_innen kann der ANC immer weniger Stimmen auf sich vereinen. Dies stellt mittelfristig ein großes Problem dar, da über zwei Drittel der Bevölkerung jünger als 34 Jahre sind. Diese Wählergruppe hat die Apartheid nicht aktiv erlebt, sodass der Nimbus des ANC als Befreiungsbewegung immer weniger greift. Stattdessen fordern die Jungen bessere Perspektiven für sich im Hier und Jetzt – angesichts einer Jugendarbeitslosigkeit von über 50 Prozent nicht verwunderlich. Auch der uneingeschränkte Zugang zu Bildung, insbesondere zu den Universitäten, ist für diese Bevölkerungsgruppe ein wichtiges Anliegen. Angesichts der Versäumnisse des ANC wenden sie sich entweder den linkspopulistischen EFF zu oder bleiben den Wahlen komplett fern. So ließ sich vor den Kommunalwahlen 2016 nur ein Drittel der 18- und 19-Jährigen überhaupt als Wähler_innen registrieren.

Vom Potenzial her könnte der ANC immer noch Wahlergebnisse über 60 Prozent erzielen. Zwar hat sich die Wählerschaft in den zurückliegenden Jahrzehnten stärker diversifiziert, doch bleibt der ANC die einzige Partei, die Wähler_innen lagerübergreifend ansprechen kann. Die DA hat in den vergangenen Jahren zwar viel unternommen, um auch Wähler_innen außerhalb der weißen

Bevölkerungsgruppe anzusprechen – zum Beispiel mit der Wahl Mmusi Maimanes zum ersten schwarzen DA-Vorsitzenden 2015 –, dennoch haftet ihr der Eindruck an, Politik vor allem für Besserverdienende zu betreiben – und das sind eben größtenteils Weiße. Unter der schwarzen Bevölkerung kann die DA bisher weniger als zehn Prozent für sich gewinnen. Zudem verliert die DA mit dem Abgang Zumas ihr wichtigstes Mobilisierungsinstrument. Sollte der ANC unter Ramaphosa glaubwürdig gegen Korruption in Staat und Partei vorgehen, würde es für die DA zunehmend schwieriger, dem ANC enttäuschte Wähler_innen abzunehmen. In den vergangenen Jahren versuchte sich die Partei, im Vergleich zum ANC, als kompetenter in Wirtschaft, Transparenz und Regierungsführung zu beweisen. Hierbei wurde vor allem gerne auf die Provinz Western Cape verwiesen, welche die DA seit 2009 regiert. Angesichts der jüngsten Veruntreuungsvorwürfe gegen die DA-Bürgermeisterin in Kapstadt, Patricia de Lille, zeigt dieses Bild jedoch mittlerweile tiefe Kratzer. Auch die Wasserknappheit in Western Cape und insbesondere in Kapstadt widerspricht dem nach außen getragenen Bild, da die Krise zu einem großen Teil auf politische Verfehlungen und verspätetes Handeln zurückzuführen ist. Die DA scheint mit den 27 Prozent aus den Kommunalwahlen 2016 ein Plateau erreicht zu haben, das sie nur wird halten können, wenn weiterhin viele ANC-Wähler_innen zuhause bleiben.

Gefährlicher für den ANC sind hingegen die EFF, da sie bei weiteren Zugewinnen dauerhaft eine absolute Mehrheit für den ANC verhindern könnten. Unter Julius Malema als Abspaltung vom ANC entstanden, haben sie sich mittlerweile als radikalere Alternative zur Regierungspartei etabliert. Während die DA nur bedingt Stammwähler_innen des ANC anspricht, stammen die Zuwächse der EFF zu weiten Teilen aus der enttäuschten Kernklientel des ANC, insbesondere aus den ärmeren Bevölkerungsgruppen sowie der Jugend. Durch öffentlichkeitswirksame Aktionen – sei es der Aufruf, sich auch ohne Zahlung der Studiengebühren an Universitäten einzuschreiben, oder die Verwüstung von H&M-Läden nach Rassismuskorruptionen – hat die Partei den Ruf erworben, zu handeln statt nur zu reden. Allein durch die Existenz der EFF werden die Wähler_innen an die uneingelösten ANC-Versprechen einer inklusiven Wirtschaft und einer Überwindung der Benachteiligung anhand der Hautfarbe erinnert. Nichtsdestotrotz sind die EFF für weite Bevölkerungsteile bisher unwählbar. Zu radikal

war die Rhetorik der Parteimitglieder in den vergangenen Jahren, zu sehr hängt dem Vorsitzenden Malema der Ruf des Bürgerschrecks nach. Zudem erscheint das Programm der Partei, das einen radikalen Umbau der Wirtschaft und weitgehende Umverteilungen fordert, als wenig umsetzbar. Die EFF wird weiterhin vor allem als Protestpartei wahrgenommen; der erwartete Zuwachs an Stimmen für die EFF setzt den ANC jedoch unter starken Zugzwang.

Für den ANC muss es bis zu den Parlamentswahlen 2019 darum gehen, verlorengegangenes Vertrauen wiederherzustellen, um die Mehrheit zu sichern. Hierfür sind zwei Faktoren zentral: Zum einen muss der ANC einen glaubwürdigen Erneuerungsprozess durchlaufen und mit alten Korruptionspraktiken aufräumen, ohne die Partei dabei zu zerreißen; zum anderen muss die neue Partei- und Staatsführung die schwächelnde Wirtschaft wieder in Schwung bringen, ohne die Bekämpfung der Armut und der Arbeitslosigkeit zu vernachlässigen.

Einigung und Erneuerung

Zuma hinterlässt eine geschwächte und zerrissene Partei. Der Wahlkampf vor dem Parteitag im Dezember 2017 hat diese Spaltung weiter vertieft, da sowohl das Zuma- als auch das Ramaphosa-Lager eine Marginalisierung nach einer Niederlage zu fürchten hatten. Die Spaltung zeigt sich nicht nur in dem äußerst knappen Wahlsieg Ramaphosas, sondern auch in der Zusammensetzung der übrigen neugewählten Parteispitze (*top six*). In dieser sitzen neben Ramaphosa auch David Mabuza als ANC-Vizepräsident, Gwede Mantashe als nationaler Vorsitzender, Ace Magashule als Generalsekretär, Jessie Duarte als dessen Stellvertreterin sowie Paul Mashatile als Schatzmeister. Keiner dieser Kandidat_innen konnte mehr als 55 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Während Mantashe und Mashatile bereits vor dem Parteitag dem Reformlager angehörten, waren Magashule und Duarte als prominente Zuma-Unterstützer_innen bekannt, die dessen Fehlverhalten wortreich verteidigten und selbst tief in das Patronagenetzwerk verstrickt waren bzw. immer noch sind. Mabuza war als Premierminister der Provinz Mpumalanga in den vergangenen zehn Jahren ebenfalls als Zuma-Unterstützer bekannt, schlug sich jedoch auf dem Parteitag kurz vor der entscheidenden Wahl mit seinen Gefolgsleuten auf Ramaphosas Seite, was diesem den

Sieg einbrachte. Im Gegenzug dafür erhielt Mabuza das zweitwichtigste Amt der Partei und wurde schließlich auch zum Vizepräsidenten des Landes ernannt. Seine Ambitionen dürften aber langfristig über diese beiden Ämter hinausgehen.

Die Pattsituation in den »Top Six« wird es Ramaphosa deutlich erschweren, den Umbau und die (personelle) Neuaufstellung der Partei voranzutreiben. Sein knapper Wahlsieg hat ihm zwar das höchste Amt eingebracht, sein Rückhalt innerhalb der Partei ist jedoch noch labil. Um eine dauerhafte Spaltung zu verhindern, muss das unterlegene Lager in die Neuausrichtung der Partei eingebunden werden. Obwohl das Zuma-Lager geschwächt aus den vergangenen Wochen hervorgeht, verfügt es immer noch über genügend Anhänger_innen, um die Entscheidungen des Reformlagers zu untergraben. Der Öffentlichkeit würde sich der ANC als weiterhin zerrissen und zu einer Erneuerung aus eigener Kraft nicht fähig präsentieren. Ramaphosas sorgfältig aufgebautes Image als Macher nähme ernsthaften Schaden und der Schwung des Neuanfangs wäre dahin. Hierdurch bliebe die Mobilisierungsfähigkeit der Partei weit hinter ihren Möglichkeiten zurück. Wie sich bei den vergangenen Wahlen gezeigt hat, ist dies die Achillesferse der Partei – die Zugewinne der Opposition sind weniger auf ein mehr an Stimmen als auf ein Fernbleiben der ANC-Sympathisant_innen von den Urnen zurückzuführen. Somit wäre ein Verfehlen der absoluten Mehrheit bei den Wahlen 2019 keine Überraschung.

Zugleich wird in der Öffentlichkeit jedoch vehement gefordert, dass der ANC mit den alten Korruptionspraktiken aufräumt. In den vergangenen Jahren verfestigte sich der Eindruck – und nicht nur bei der Kernklientel der Opposition –, dass die Selbstbereicherung nicht auf Einzelpersonen, sondern auf die politische Kultur des ANC als Ganzes zurückzuführen sei. Es wird nun ein hartes und schnelles Durchgreifen Ramaphosas gegen das Patronagesystem Zumas erwartet. Den Nutznießer_innen dieses Systems droht im Falle ihrer Abberufung nicht nur der Verlust ihres privilegierten Zugangs zum Staat, sondern schlimmstenfalls auch eine Verurteilung wegen Betruges und Bestechlichkeit. Ramaphosa kann jedoch nicht alle der Korruption bezichtigten ANC-Funktionär_innen gleichzeitig ihres Amtes entheben: Jeder für sich genommen ist zwar zu schwach, um sich dem zu widersetzen, in ihrer Gesamtheit bilden sie jedoch immer noch eine starke Interessensgemeinschaft im ANC.

In diesem Spannungsfeld wurden seit der Wahl Ramaphosas erste Schritte unternommen, um das Image des ANC in der Öffentlichkeit aufzubessern. Auf parteiinternen Druck gab Präsident Zuma Anfang des Jahres die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum sogenannten *state capture* um die Gupta-Familie bekannt – ein Schritt, dem er sich lange verweigert hatte. Auch die *National Prosecution Agency* (NPA) nahm vor Kurzem ihre Ermittlungen gegen Zuma und sein Umfeld wieder auf. Und nicht zuletzt kann die Antikorruptionseinheit der Polizei – die »Hawks« – seit den jüngsten Machtverschiebungen freier agieren. So durchsuchten Spezialeinheiten der *Hawks* am Morgen vor dem Rücktritt Zumas das Anwesen der Guptas in Johannesburg sowie weitere Immobilien in der Provinz Free State. Atul Gupta wurde verhaftet, als er das Land verlassen wollte, sein Bruder Ajay wurde offiziell zur Fahndung ausgeschrieben. Ein solches Vorgehen gegen korrupte Praktiken wäre noch wenige Tage zuvor undenkbar gewesen.

Das klarste Zeichen dafür, dass das Reformlager die Gleichzeitigkeit von Kampf gegen die Korruption und Einigung des ANC verstanden hat, ist die Ende Februar 2018 durchgeführte Kabinettsumbildung. Mit der Absetzung des Bergbauministers Mosebenzi Zwane, des Energieministers David Mahlobo, der Ministerin für öffentliche Unternehmen Lynne Brown und des Ministers für kooperative Regierungsführung Des van Rooyen mussten einige der umstrittensten ANC-Politiker_innen, allesamt Anhänger_innen des Zuma-Lagers, die Regierung verlassen. Zugleich wurden mit Pravin Gordhan als Minister für öffentliche Unternehmen und Nhlanhla Nene als Finanzminister zwei ANC-Politiker zurück ins Kabinett geholt, die in der südafrikanischen Öffentlichkeit einen exzellenten Ruf als Fachpolitiker besitzen. Beide waren bereits Finanzminister unter Zuma und wurden beide von diesem ihres Amtes enthoben, als sie sich dem Zugriff seines Netzwerkes auf die Staatsfinanzen widersetzen.

In den Augen der südafrikanischen Öffentlichkeit wurden diese vielversprechenden Personalentscheidungen aber merklich getrübt, da andere Minister_innen mit engen Verbindungen zu Zuma und den Guptas nicht aus der Regierung gedrängt wurden. Hierzu zählen insbesondere Malusi Gigaba, der vom Finanz- ins Innenministerium wechselte, und Bathabile Dlamini, die das Sozialressort zugunsten der Stelle als Frauenministerin im Präsidialamt aufgeben musste. Der Verbleib der bei-

den Minister_innen in der Regierung, wenn auch auf weniger bedeutenden Posten, soll den Anhänger_innen des unterlegenen Zuma-Lagers eine Brücke bauen und ihnen zeigen, dass sie weiterhin eine Zukunft in der Partei haben. So ist auch die Berufung von Ramaphosas Konkurrentin Dlamini-Zuma auf den Posten der Planungs- und Evaluationsministerin im Präsidentialamt zu verstehen.

Natürlich sind die Altlasten der Zuma-Administration durch diese Schritte noch lange nicht ausgeräumt, doch erste Zeichen, dass der ANC sich neu aufstellen kann und will, wurden gesetzt. Der Balanceakt zwischen Erneuerung und Einigung des ANC wird sich bis zum Wahltermin 2019 jedoch auch auf regionaler und lokaler Ebene fortsetzen müssen.

Ausblick

Sollten die Erneuerung der Regierungspartei aufgrund innerparteilicher Machtkämpfe fehlschlagen und Teile des alten Patronagenetzwerkes überdauern, wird dies den ANC in der Öffentlichkeit weiter diskreditieren, da nun die Schuld nicht mehr vorrangig bei der Symbolfigur Zuma gesucht werden kann. Die Opposition, allen voran DA und EFF, änderten bereits wenige Tage nach dem Rücktritt Zumas ihre Strategie: Nicht einzelne Politiker_innen seien der Grund für die ausufernde Korruption, sondern der ANC als Ganzes – nur durch eine Abwahl der Regierungspartei könnte dem *state capture* ein Ende gesetzt werden. Diese offene Flanke muss der ANC nun so schnell wie möglich schließen.

Nichtsdestotrotz kann der Kampf gegen die Korruption in Staat und Partei aber nur ein erster Schritt sein, um die Verluste bei den kommenden Wahlen möglichst gering zu halten. Die Wähler_innen werden der Partei ihre Stimme nicht nur deswegen geben, weil weniger öffentliche Gelder veruntreut werden, sondern weil sie überzeugende Lösungsvorschläge zur Überwindung der Trias aus Armut, Arbeitslosigkeit und Ungleichheit präsentiert. Der ANC muss hierfür sein wirtschafts- und sozialpolitisches Profil schärfen sowie den Fokus der Öffentlichkeit möglichst bald wieder auf inhaltliche Debatten leiten.

Der ANC hat anscheinend erkannt, dass die (personelle) Erneuerung nur den Grundstein dafür legen kann, die Parteimitglieder sowie möglichst viele Südafrikaner_innen hinter der Idee eines sozial gerechteren als auch wirtschaftlich erfolgreicherer Südafrika zu versammeln. Ein erster Schritt war der Budgetentwurf, der Ende Februar vorgestellt wurde. Angesichts einer desolaten Haushaltslage soll zwar die Mehrwertsteuer von 14 auf 15 Prozent angehoben werden (was die untere Mittelschicht besonders stark trifft), gleichzeitig wurde der Steuersatz für Spitzeneinkommen jedoch von 41 auf 45 Prozent angehoben und Sozialleistungen nicht nur von Kürzungen verschont, sondern zum Teil sogar angehoben. Auch die Absichten der Partei, die Landumverteilung voranzutreiben und Kindern aus armen und Mittelschichtsfamilien freie Hochschulbildung zu ermöglichen, weisen darauf hin, dass der ANC eine sozial ausgewogenere Politik verfolgen möchte.

Sollte der ANC mit seiner personellen wie inhaltlichen Neuaufstellung Erfolg haben, winkt 2019 erneut die absolute Mehrheit – angesichts der tendenziell positiven Reaktionen der Öffentlichkeit auf die Wahl Ramaphosas und die bisher vollzogenen Schritte wohl das wahrscheinlichste Szenario. Auch der Zustand der Opposition, die nach dem Abgang Zumas ihr stärkstes Feindbild verloren hat und – im Falle der DA – mit internen Konflikten beschäftigt ist, deuten auf einen erneuten Wahlerfolg des ANC hin.

Sollte die Kehrtwende jedoch im kommenden Jahr nicht konsequent verfolgt werden und der politische Schwung der vergangenen Monate ins Leere laufen, droht der Absturz unter die Fünfzig-Prozent-Marke. In diesem Fall müsste es zu einer Koalitionsbildung unter Führung des ANC kommen. Mit dem Verlust der absoluten Mehrheit müsste sich der ANC dann von seinem Selbstverständnis verabschieden, dass die Interessen der Partei deckungsgleich mit denen des Landes seien. Aus der Befreiungsbewegung würde eine normale Partei, welche die Wähler_innen durch Inhalte und konkrete Verbesserungen im Hier und Jetzt für sich gewinnen müsste, statt sich auf der glorreichen Geschichte auszuruhen – nach den Zuma-Jahren vielleicht nicht die schlechteste Entwicklung zur Stabilisierung der südafrikanischen Demokratie.



Über den Autor

Markus Awater ist Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung im Auslandsbüro Südafrika in Johannesburg.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Afrika
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Manfred Öhm, Leiter, Referat Afrika

Tel.: +49-30-269-35-7453 | Fax: +49-30-269-35-9217
<http://www.fes.de/afrika>

Bestellungen/Kontakt:
AnnaLena.Nickel@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN
978-3-96250-142-6